

Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, Oktober 2012

62. Jahrgang, Nr. 720

Durch solche Aktionen kann man Aufmerksamkeit erreichen

VOS-Mitglieder aus fünf Bundesländern trafen sich zur Einheitsfeier im Museum Mödlareuth

Es war für uns als Veranstaltungsorganisatoren eine große Genugtuung, dass Mitglieder der fünf Bundesländer Bayern, Sachsen, Thüringen, Hessen und Rheinland-Pfalz so zahlreich an der von uns initiierten Gedenkfeier für die Opfer der Teilung Deutschlands und der kommunistischen Gewaltherrschaft in Mödlareuth (Thüringen/Bayern) teilnahmen und dafür zum Teil weite Anfahrten in Kauf nahmen. Dafür möchten wir uns bei allen herzlich bedanken.

Unser Dank gilt auch denen, die bei der Organisation, bei der Vorbereitung und bei der Durchführung tatkräftig mitgewirkt haben, so der stellvertretende VOS-Bundesvorsitzende Frank Nemetz, die Landesvorsitzenden Bernd Müller-Kaller (Sachsen), Dietmar-Volkmar Eberhard (Bayern) sowie die Kameraden Arno Selten und Gerd Franke.

Mit dieser gelungenen Gedenkfeier wurde wieder einmal der Beweis erbracht, dass gemeinschaftlich organisierte und durchgeführte VOS-Aktivitäten erfolgreich verlaufen können, wenn der Wille dazu vorhanden ist. Wenn überhaupt, so können wir uns in Zukunft nur noch durch solche kompakten Aktionen in der Öffentlichkeit Geltung verschaffen. Wir müssen also bedeutend öfter Veranstaltungen in dieser Größenordnung ins Leben rufen, um unseren berechtigten Forderungen nach besseren und gerechteren finanziellen Entschädigungen sowie einer angemessenen Wertschätzung in der politischen Landschaft des wiedervereinigten



Deutschlands Ausdruck zu verleihen. Davon sind wir heute leider weiter denn je entfernt.

Aber wenn wir resignieren, haben wir überhaupt keine Chance mehr, etwas in positiver Hinsicht für uns zu bewirken, und genau das erhoffen sich viele politische Mandatsträger in diesem Land.

Wir dürfen uns einfach nicht mit einer Außenseiterrolle abfinden, und vor allem die jüngeren VOS-Mitglieder sind aufgerufen, noch einmal „voll durchzustarten“ und sich an gemeinsamen Aktionen für unsere Sache zu beteiligen. Das sind wir uns zum einen selbst und zum anderen auch unseren inzwischen verstorbenen Kameradinnen und Kameraden schuldig.

Im Namen des VOS-Landesverbandes, Arno Selten, Gert Franke

Fotos: © Frank Nemetz,

Arno Selten, Montage: A.R.

Leider waren kaum Medien vor Ort ...

Am 2.10.2012 trafen sich etwa 40 ehemalige politische Häftlinge am Deutsch-Deutschen Museum in Mödlareuth, um der Opfer der Gewaltherrschaft der DDR und der SBZ zu gedenken. Nach einem Rundgang durch den ehemaligen Todesstreifen und durch das geteilte Dorf fand eine Kranzniederlegung statt, und es wurde der Todesopfer an der Mauer, der 35.000 freigekauften Häftlinge und der 330.000 politischen Gefangenen, die in den Gefängnissen der Stasi und den Speziallagern der SBZ gepeinigt und gefoltert wurden, gedacht. Leider war von den eingeladenen Medien nur ein Team des Bayrischen Rundfunks erschienen, obwohl wir auch die lokale Presse erwartet hatten. Frank Nemetz

Ende September hatte ich Gelegenheit, die Räumlichkeiten unserer VOS-Bezirksgruppe Leipzig zu besuchen und dabei eine Führung durch die Studios des Mitteldeutschen Rundfunks zu erleben. Das war sehr beeindruckend. Obwohl der MDR mehrere Sendungen ausstrahlt, die – um es vorsichtig zu sagen – nicht in meinen Interessenbereich fallen, gibt es doch auch immer wieder Produktionen, für die es sich lohnt, den Fernseher einzuschalten. Auch die technischen und organisatorischen Abläufe bieten viel

Auf ein Wort des Redakteurs

Informationspotenzial. Zudem muss man feststellen, dass wir als VOS-Gruppe sehr zuvorkommend behandelt wurden und die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachhaltig auf unsere Fragen eingegangen sind. Und mal ehrlich, wer, ob Stamm-Zuschauer oder nicht, würde nicht einen gewissen Kitzel im Nacken verspüren, wenn er unmittelbar dabei sein kann, wie der fast schon legendäre Serien-Mediziner Professor Simonis „In aller Freundschaft“ mal wieder seine zuweilen etwas eigenwillige Verwaltungsleiterin zur Rechtrückt? Um es genau zu sagen: Wir, als VOS-Besuchsgruppe befanden uns unmittelbar bei den Dreharbeiten, und wir haben das natürlich auch genossen. Man beachte das Foto auf dieser Seite.

Übrigens hat der Sächsische Landesbeauftragte Lutz Rathenow eine wesentliche Aktie an der komfortablen Unterbringung der Leipziger VOS-Gruppe. Aus seinem Büro wird die Miete abgedeckt, wofür wir dankbar sind.

Insgesamt lässt sich aus Sicht der SED-Opfer eine überaus positive Bilanz ziehen, wenn wir die Arbeit von Lutz Rathenow bewerten wollen. Freundlich-souverän und zugleich ein bisschen zurückhaltend nimmt er seine Aufgabe wahr und ist dabei immer auf dem aktuellen Stand. Jene Kritiker, die das knappe Abstimmergebnis, das zu seiner Wahl führte, bemängelt haben, dürften inzwischen eines Besseren belehrt sein. In diesem Zusammenhang möchte ich die Mitglie-

der in allen regionalen Gruppen ermuntern, das Angebot an Büchern, das der Sächsische Landesbeauftragte in seiner Schriftenreihe herausgibt, umfassend zu nutzen. Es ist durchaus möglich, bei bestehendem Bedarf je Bezirks- oder Landesgruppe fünf bis zehn Exemplare einer Ausgabe zu ordern. Natürlich werde ich mich bemühen, möglichst viele Bücher davon auch in der Fg vorzustellen, um den Kameradinnen und Kameraden die Auswahl zu erleichtern.

Ein entscheidender „Faktor“ bei der Nutzung des Leipziger Büros ist übrigens unser Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes Frank Nemetz. Er hat etliche Jahre beim MDR gearbeitet und stellt sich nun nach seiner Pensionierung aktiver in den Dienst der VOS.

Danken möchte ich aber auch Gerd Franke und seinen Kameraden, die es geschafft haben, zur Einheitsfeier in Mödlareuth VOS-Vertreter aus mehreren Bundesländern zusammenzubringen. Manch einer, der der VOS angehört, weiß nicht, wie die Kameradinnen und Kameraden in anderen Regionen aussehen. Manche kennt man aus Berichten oder der Spenderliste der Fg, von anderen weiß, man nicht mal die Namen. Man kann also nur empfehlen, Veranstaltungen mit diesem zusammenführenden Charakter öfter zu organisieren. Die Wirkung ist gut.

*Bis zur nächsten Ausgabe,
Ihr Alexander Richter*

Forderungskatalog abgeschickt

Initiative für höhere Ehrenpension geht in die Offensive und sendet detaillierte Ausarbeitung an Politiker

Jetzt wird es ernst – so könnte man es erklären, denn Harald Hemmerling, der sich mit seiner Initiativgruppe für eine erheblich höhere Ehrenpension einsetzt, hat den Katalog, in dem die Forderungen aufgelistet sind, in diesem Monat an die Fraktionsvorsitzenden der in Frage kommenden Parteien geschickt. Auch andere ausgewählte Politikerinnen und Politiker haben die Auflistungen erhalten. Sobald die ersten Reaktionen vorliegen, werden wir diese in der Fg veröffentlichen.

Wichtig wäre natürlich auch, dass möglichst viele Kameradinnen und Kameraden ihre Meinung äußern, um eventuell Nachbesserungen oder Ergänzungen vornehmen zu können.

Weitere interessante Informationen können dem auf den **Seiten 8 bis 10** in dieser Ausgabe abgedruckten zweiten Teil des Interviews mit Harald Hemmerling entnommen werden.

Der Inhalt des Katalogs geht aus dem Interview (vor allem Teil 1) hervor, zudem wurden die Details in der Fg veröffentlicht. Kopien können natürlich jederzeit angefordert werden. *A. R.*

Das Foto zeigt den Bundesvorstand beim MDR (© A.R.)



In dieser Ausgabe:

Titelseite

Wenn die Landesverbände gemeinsam agieren, gelingen gute Veranstaltungen

Tag der Einheit wird mit guter Beteiligung in Mödlareuth begangen

(Weiterer Bericht auf Seite 6 dieser Fg-Ausgabe)

Redaktionsthema:

Bundesvorstand trifft sich zur Beratung in Leipziger Büro 2

Opferrente/Ehrenpension: neue Runde

Initiativgruppe um Harald Hemmerling schickt den Katalog an Politiker ab 2

Die Aufgaben klarer abgesteckt

Ehrenrente, Zwangsarbeit und Organisatorisches 4

Tag der Einheit auch in alten Bundesländern thematisiert

Mario Röllig zu Vortrag im westfälischen Hamm 4

Trauer und Gedenken am Hochkreuz

In Mühlberg wurde gehungert, gestorben, aber auch Theater gespielt und gemalt 5

Aufarbeitung und Zeitzeugen notwendig

Ein Nachtrag zur Gedenkfeier in Mödlareuth 6

Vieles richtig und treffend vorausgesagt

Ein Politikerporträt in der Freiheitsglocke 6

Ein Leben mit vielen Stationen

Gerhard Penzel wurde im März 95 Jahre 7

Ohne kritische Hinweise und die breite Zustimmung kommen wir nicht weiter

Zweiter Teil des Interviews mit Harald Hemmerling zur Initiative „höhere Ehrenrente“ 8-10

VOS-Mitglieder auch auf anderen Kontinenten

Eine kleine Bilanz 10

Diese Schäden sind irreparabel

Haftschäden holen Kamerad Xing-hu Kuo im Alter zunehmend ein 11

Verbesserungen wurden mehrmals zugesagt

Opferrente und Beweislastumkehr, die Details liegen auf der Hand 12-13

Sind Zeitzeugen nur zum „Abnicken“ da?

Ehemalige politische Häftlinge fühlen sich zunehmend ausgegrenzt und bevormundet 13

Viele Abwägungen, doch keine Klarheit

Der Tod des Grenzsoldaten Rudi Arnstadt vor 50 Jahren? 14

Der perfekte Skandal oder doch nur Wiedervereinigungs-Normalität?

Bundesland Brandenburg beschäftigt jede Menge früherer MfS-Leute als gut bezahlte Kriminalpolizisten 15

Das sollte für die Nachwelt bewahrt werden

Zeitdokumente eines Waldheim-Häftlings 15

Abschied von einem Kameraden/Gedicht 15

Menschenrechte zählen

Lyrische Aufarbeitung von Chr. M. Lappe 16

Schriftsteller und „Konterrevolutionär“

Erich Loest erhält Gedenkstättenpreis 16

Das Unrecht angemessen entschädigen

Eine Veranstaltung von Netzwerk Stasiopfer Selbsthilfe

8. 11. 2012 von 13:00 Uhr bis 18:30 Uhr

beim Landschaftsverband Westfalen/Lippe, Freiherr vom Stein

Platz 1, 48147 Münster - Plenarsaal

(ausführlich auf Seite 15 dieser Fg-Ausgabe)

Jahresabschlussveranstaltung VOS Chemnitz

Samstag, 10. November 2012, 10.00 Uhr

Chemnitz, Markt 1, im Ratskeller (links),

(Einlass: 09.30 Uhr)

Eingeladen ist auch Lutz Rathenow

Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen,

Teilnahmebestätigung, wenn möglich:

- per Email vos.chemnitz@web.de

- per sms unter 015773243318 oder

telefonisch unter 03 72 09 - 80 48 1

sonst: VOS-Chemnitz, Müllerstr. 12, 09113 Chemnitz

Vorstand der VOS Chemnitz u. H.stein-Ernstt. – Stollberg

Suchmeldung

Wer kannte

Heinz Kittel

Jahrgang 1929,

SMT Verurteilt § 58/14 in Dresden 1948.

Danach Bautzen, Sachsenhausen,

Untermaßfeld, Brandenburg.

Entlassen am 17 01 1954.

Nachricht bitte an

Heinz Lorenz, Georg-Kropp-Str. 3,

71638 Ludwigsburg

oder VOS-Bundesgeschäftsstelle

Zahl der Spender weiter erfreulich

Sabine Trompler, Monika und Peter Mengel, Prof. Dr. Günter Brendel, Wolf-Peter Rubner, Uwe Rutkowski, Gerhard Steindorf, Rudi Ernst, Jürgen Weisbach, Margarete und Albin Lichy, Günter Jäger, Ingolf Braungart, Dietrich Jacobs, Karl Woitow, Wilmar Leistner, Bernd Noll, Hans Stein, Gerhard Penzel, Karl-Heinz Runau, Wolf-Peter Schmidt, Hans-Werner Eberhardt, Dr. Hans-Georg Steinhagen, Elisabeth und Karl-Heinz Hammer, Wolfgang Kirchner, Fritz Schaarschmidt, Hartmut Chyba, Jürgen Ritthaler, Heinz-Jürgen Klein, Ingrid Arena, Erich Schmidt, Kurt Eifler, Reinhard Köhler, Gerhard Beins, Helge Olvermann, Alexander Richter, Wilfried Seifert, Erhard Dannehl. *Allen Genannten ein herzlicher Dank*

Wer eine gerechte Aufarbeitung will, unterstützt die VOS per Spende!

Nachruf

Kurz vor seinem 90. Geburtstag ist

unser Kamerad Gustav Käthner

am 10. Oktober 2012

verstorben. Aktiv und immer nach Gerechtigkeit suchend, hat er stets in der Cottbuser Gruppe der VOS mitgewirkt. Gustav Käthner wurde wegen angeblichen Diebstahls eines Fahrradschlauches 1948 von einem sowjetischen Militärtribunal zu 10 Jahren Haft verurteilt. Von Februar 1948 bis Januar 1954 litt er unter den schlimmen Haftbedingungen in Sachsenhausen und Torgau und ab 1950 in Waldheim unter dem DDR-Strafvollzug. Wir werden in Ehren seiner immer gedenken.

Alfred Ullmann

VOS-Bundesvorstand

Thema Zwangsarbeit, Ehrenpension und Weiteres auf dem Prüfstand

Bundesvorstand tagt in Leipzig und berät in den Räumen der Bezirksgruppe weitere Arbeit

Die Atmosphäre war so gut wie lange nicht, als sich der erweiterte Bundesvorstand der VOS am 28. September im Gebäudekomplex des MDR in Leipzig traf. Wie bereits berichtet, hat die Leipziger Bezirksgruppe, die als Gastgeber auftrat, ideale räumliche Bedingungen (finanziert durch den Landesbeauftragten von Sachsen), was sich auch in einem angenehmen kameradschaftlichen Miteinander äußert. Wesentlichen Anteil an diesem erfreulichen Zustand hat unser Kamerad Frank Nemetz, stellvertretender Bundesvorsitzender und ehemals Abteilungsleiter beim Mitteldeutschen Rundfunk (nunmehr im Ruhestand, aber immer noch von den ehemaligen Kolleginnen und Kollegen geachtet und mit freundlichen Worten begrüßt).

Das Zusammentreffen fand dann jedoch nicht in den Büroräumen der VOS-Bezirksgruppe statt, sondern wurde im Tagungsraum einer im riesigen Gebäudetrakt angesiedelten Firma durchgeführt, wobei die Kameradinnen Rosemarie Studera und Karin Janke-Fritsche für einen äußerst appetitlichen Imbiss gesorgt hatten.

Zu den Tagungsordnungspunkten gehörte zunächst die Benennung einer Redaktionskommission für das VOS-Organ Freiheitsglocke, was jedoch wegen der bislang gut funktionierenden Zusammenarbeit nicht sonderlich schwer war. So sind nach wie vor die Kameradin Rosemarie Studera und Kamerad Wolfgang Stiehl benannt; diese werden nun durch Vorstandsmitglied Mathias Katze ergänzt. Viertes Mitglied ist Fg-Redakteur Alexander Richter, wobei dieser feststellte, dass es bis auf einen Fall in seiner langen Tätigkeit noch keine Abweichungen oder Meinungsverschiedenheiten – auch nicht von Einzelnen – gegeben hat. Da die VOS bis dahin keinen Öffentlichkeitsbeauftragten mehr eingesetzt hatte, wurde der Fg-Redakteur auch hierzu benannt. Dies ist laut Satzung eine Möglichkeit.

Zu den Tagesordnungspunkten gehörten auch die Initiative der Bezirksgruppe Niedersachsen, die auf eine höhere Ehrenpension für ehemalige Häftlinge und Verfolgte abzielt. Der Bundesvorstand unterstützt das Projekt und auch die Berichterstattung durch die Fg, wobei er eine entsprechende Abstimmung vor der Aktion von den Verfassern fordert.

Handlungsbedarf besteht auch bei den im Zusammenhang mit dem Thema Zwangsarbeit in der DDR aufgestellten Forderungen. Die kürzlich in der Fg unterbreitete Variante, dass die Nachfolge-Betriebe ehemaliger VEB-Zweigwerke, die in den Strafvollzugsanstalten der DDR produzieren ließen, in einen Fonds einzahlen sollen, wird dabei favorisiert. Aus dem Fonds sollen ehemalige Häftlinge eine Entschädigung erhalten. Geklärt werden muss jedoch, ob dabei auch seitens des Staates Zuzahlungen gefordert werden kön-



nen. Die Durchsetzung entsprechender Forderungen dürfte sicherlich keine leichte Aufgabe sein, obschon bereits konkrete Schritte durch den Bundesvorsitzenden eingeleitet wurden (Bericht Fg 719).

Weiterer Handlungsbedarf besteht bei der Zusammenarbeit mit der Stiftung zur Aufarbeitung von SED-Unrecht. Wie der Bundesvorsitzende mitteilt, hat die VOS in diesem Jahr keine Mittelzuweisungen für Seminare erhalten. Die Seminare sind jedoch wichtig für den Austausch und die Übermittlung neuer Informationen an die Mitglieder. Im Vorstand besteht Einigkeit, dass dies nicht so bleiben darf, auch wenn die Finanzen der VOS trotz Knappheit gesund sind. Möglicherweise besteht hier nur ein Kommunikationsproblem, das es im Gespräch auszuräumen gilt.

Tom Haltern

Foto: Vorstandsmitglieder Dr. Ingrid Schmitt, Hugo Diederich und May-Britt Krüger im modern eingerichteten Büro der Leipziger VOS-Bezirksgruppe im Gebäudekomplex des MDR. Vorn sitzend und rechts oben: Thilo Scheibe (Foto © A. Richter)

Tag der Einheit: VOS wieder aktiv VOS bundesweit an Feierstunden beteiligt

Wiewohl von Seiten der VOS die Feierstunde mit Kranzniederlegung und Vortrag von Dr. Bilke als zentrale Veranstaltung anzusehen war, sind – wie üblich – auch weitere Aktivitäten zu verzeichnen. Insonderheit auf Einladung von CDU-Gruppen waren Kameraden bundesweit aktiv. So nahm mit Mario Röllig eines unserer „Aushängeschilder“ eine Einladung ins westfälische Hamm an, wo er im dortigen Kleist-Forum die Geschichte seines gescheiterten Fluchtversuchs von 1987 über die damals grüne Grenze zwischen Ungarn und Jugoslawien schilderte. Mario Röllig wurde gefasst, inhaftiert und nach Ostberlin gebracht, wo er in die Stasi-U-Haftanstalt kam. Mario Röllig wurde wie andere politische Häftlinge von der Bundesregierung freigekauft. Er ist seit Langem bei Demonstrationen aktiv, wenn es um die Sache der SED-Opfer und eine gerechte Geschichtsaufarbeitung geht und führt in der Gedenkstätte für die Stasi-Opfer in Berlin-Hohenschönhausen Besucher durch die Räumlichkeiten.

Hamm's Bürgermeister Hunsteger-Petermann würdigte in einer gelungenen und von Sachkenntnis geprägten Rede Rölligs Verdienste und forderte eine gerechte Geschichtsaufarbeitung.

Hugo Diederich

Ein Rundgang, der wehmütig stimmt, aber unerlässlich ist

Mahn- und Gedenktreffen im Speziallager Nr.1 des NKWD in Mühlberg mit vielen Erinnerungen

Vom 31. August bis zum 1. September fand das Treffen zum Gedenken an die Opfer und zur Ehrung der noch lebenden ehemaligen Gefangenen im einstigen Speziallager Nr. 1 Mühlberg statt. Im Mittelpunkt standen der Gottesdienst sowie eine sehr ergreifende Gedenkfeier am Hochkreuz, an der erfreulicherweise über 30 Überlebende teilnahmen. Auch unsere VOS-Kameraden aus Wurzen, Reichenbach und Leipzig gehörten dazu, und selbstverständlich wurde im Namen der VOS zum Gedenken und zur Mahnung ein Kranz niedergelegt. Nach dem Gottesdienst und der Gedenkveranstaltung am Hochkreuz begann ein Lager Rundgang mit Kamerad Erhart Krätzschar von der VOS-Bezirksgruppe Wurzen. Er schilderte als ehemaliger politischer Häftling sehr eindrucksvoll das unmenschliche Lagerleben in Mühlberg. Wir durchschritten den Eingang des ehemaligen Speziallagers und stellten uns die über 60 Baracken rechts und links des Hauptganges vor.



Alle Baracken waren damals mit Stacheldraht voneinander abgegrenzt, die Gefangenen durften die Bereiche nicht verlassen. In jeder Barackenhälfte waren bis zu 250 Gefangene untergebracht. Jeder Häftling hatte einen nur 50 cm breiten Schlafplatz auf den Holzpritschen in den Doppelstockbetten zur Verfügung. Die Insassen lagen

auf dem blanken Holz, die Fenster waren mit Brettern zugenagelt. Die Gefangenen hatten nur die Sachen an, die sie bei ihrer Verhaftung trugen. Nach der Einlieferung in das Lager war die Suche nach einem Gefäß auf der Müllkippe notwendig, um darin seine Essenration empfangen zu können. Die Rationen waren sehr dürftig und zudem nicht nahrhaft. Der Hunger war unbeschreiblich groß und in den Gesprächen das Hauptthema der Inhaftierten.

Jeder persönliche Besitz wie Brille, Ausweis, Uhren, Bilder und Schmuck wurde den Häftlingen abgenommen. Der Gedanke an Flucht erstarb angesichts der ständigen Überwachung und der hohen Sicherheitsmaßnahmen. Das Lager war von mehreren unüberwindbaren Einzäunungen, zu denen Wachtürme gehörten, umgeben. Zwischen den Zäunen liefen kläffende Hunde, und durch die stundenlangen Zählappelle befand man sich ständig im Sichtbereich der Wachmannschaften.

Ich war mit einem ehemaligen Inhaftierten und dessen Frau zur Gedenkfeier. Der Name des früheren Häftlings ist Horst Röhlig, der inzwischen Professor der Medizin ist. Er war von April 1945 bis Oktober 1947 in Mühlberg und von 1947 bis 1949 in Sibirien. Einen Teil der Haftjahre verbrachte er gemeinsam mit unserem Kameraden Krätzschar. Professor Horst Röhlig war in Mühlberg in der Theatergruppe. Der sowjetische Kommandant hatte etwas für „Kultur“ übrig und hatte daher das Theaterspiel erlaubt.

Außerdem begleitete uns Frau Dr. Runge, die Tochter von ehemaligen Inhaftierten, auf dem Rundgang – Mutter und Vater waren beide hier inhaftiert und haben nach der Entlassung geheiratet. Ihre Namen lauten Ursula Kühn und Wilfried Piegler. Auch sie gehörten der Theatergruppe an, bei deren Proben und Aufführungen sie sich kennenlernten. Die junge Frau Kühn, wurde 1946 von einem Maler, der auch inhaftiert war und in der

Theatergruppe mitspielte, porträtiert. Das Bild zeigt die junge hübsche Frau, die wie so viele andere unschuldig in Mühlberg saß.



Mit der Schließung des Lagers 1948 wurden einige wenige Gefangene entlassen, etliche jedoch nach Buchenwald oder nach Sibirien verschleppt. Horst Röhlig musste – wie oben erwähnt – 1948 nach Sibirien in den Kohlebergbau und bis zu seiner Entlassung unter unmenschlichen Bedingungen jeden Tag zwölf Stunden arbeiten.

Von den 21.000 Gefangenen haben 6.800 das Lager Mühlberg nicht überlebt. Sie sind verhungert oder wurden zu Tode gequält. Auf einer Tafel vor dem Hochkreuz werden die Toten geehrt. Unter den Namen der Toten fand ich auch den Eintrag Johannes Schöbel, der Vater des Schlager-Sängers Frank Schöbel, der in der DDR für viele ein Idol war und dessen Hit „Wie ein Stern in einer Sommernacht“ es in den 1970er Jahren in der West-Berliner RIAS-Sendung „Schlager der Woche“ auf Platz eins schaffte.

Der Spruch von G. Waldschütz auf dem Gedenkstein „Und von Freiheit soll uns keiner sprechen, der nicht gefangen war“ spricht all jenen aus der Seele, die unschuldig inhaftiert waren, nicht nur in Mühlberg, sondern in der ganzen SBZ und der DDR.

Frank Nemetz

Zwischen Stacheldraht, Betonmauer – und der Vergangenheit

Gedenkfeier in Mödlareuth hat bei den Teilnehmern nachhaltigen Eindruck hinterlassen

Die Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe und die Landesgruppe Hessen-Rheinland-Pfalz hatten am 2. Oktober zur Gedenkfeier in das Grenzmuseum Mödlareuth eingeladen. Durch das 50-Einwohner-Dorf, auch *Little Berlin* genannt, verlief seit 1949 die Demarkationslinie. Der thüringische Teil des Ortes gehörte nun zum Territorium der DDR und der bayerische zur Bundesrepublik. 1952 wurde ein hoher Bretterzaun gebaut und 1966 durch eine unüberwindbare Betonmauer ersetzt. Diese war 3,40 m hoch und 700 Meter lang. Wachtürme dominierten den Ort, Bäume wurden gefällt und Häuser wurden gesprengt. Die Bewacher auf den Türmen brauchten freie Sicht und freies Schussfeld. 1989 wurde auch hier *wiedervereinigt*. Nach dem Teilabriss der Mauer wurde Mödlareuth, mitten in Deutschland, 300 km von Berlin und 300 km von München entfernt, eine Gedenkstätte und ein Freilichtmuseum, das an die Geschichte der Deutschen Teilung erinnern und jüngeren Menschen Informationen vermitteln soll.

Die Gedenkfeier, zwischen Stacheldraht und Betonmauer, mit anschließender Kranzniederlegung, wurde musikalisch mit dem Largo von Händel eingeleitet. Gerd Franke sprach die Eröffnungsworte. Danach ergriffen Hugo Diederich und Frank Nemetz sowie die Landesvorsitzenden von Bayern, Sachsen und Hessen-Rheinland-Pfalz und Arno Selten das Wort. Alle Redner drückten ihre Genugtuung über die Wiedervereinigung aus. Wir gedachten der 120.000 Toten der Leiden der 44-jährigen Tyrannei und der 1.160 Menschen, die an der Mauer ihr Leben lassen mussten. Auch der vielen Millionen Toten, die im kommunistischen System ihr Leben verloren, wurde gedacht. Der Ruf nach Aufarbeitung und dem Einsatz der Zeitzeugen von Gewalt, Unterdrückung und Mord wurde deutlich geäußert. Täter und Mörder leben noch immer straffrei unter uns. Wie sollen wir, die Gekennzeichneten und SED-Opfer, mit dem Bösen umgehen? Wie können wir eine Wiederkehr der überstandenen Diktatur verhindern? Das können wir nur, wenn wir die gelebten Ereignisse aufbewahren und wach halten, wenn wir uns mit der Vergangenheit offen auseinandersetzen und Versöhnung anstreben. Aber wie kann versöhnt werden wenn sich die Täter nicht entschuldigen? Kann man dann den Gedanken an Rache und Vergeltung in Anbetracht der großen Schuld und Ungerechtigkeit der noch lebenden Täter vergessen. Wir müssen dafür sorgen, dass die gleichen Fehler nie wieder begangen werden können, dass unsere Vergangenheit nicht vergessen wird und wir als Zeitzeugen nicht verstummen. Wir waren nicht nur Opfer, wir waren Widerstandskämpfer und haben mehr als Mosaiksteine gesetzt, damit die Mauer fallen kann. Nun lautet unser Auftrag, der jungen Generation beizubringen, was es bedeutet in einer Diktatur zu leben und dass es sich lohnt, für eine Demokratie zu kämpfen. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Täter besser gestellt werden als die Opfer. Die Politik ist verpflichtet, Zeichen zu setzen. *Bärbel Große*

Ann. d. Red.: Das Dorf und Museum Mödlareuth wurde bereits 1999 ausführlich in der Fg vorgestellt.

Schon früh die Wege zu Abrüstung und Wiedervereinigung aufgezeigt

Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Dr. Bernhard Friedmann hat die politische Lage bereits in den 1980er Jahren treffend analysiert

Dr. Bernhard Friedmann wurde in diesem Jahr achtzig Jahre, was nicht zwingend ein Grund ist, ihn mit seinen Ansichten in der Fg vorzustellen. Vielmehr geschieht dies erstens aus einer erfreulichen Nähe zu den Zielen und dem Wirken unseres Opferverbandes und zweitens wegen seiner zutreffenden Thesen, mit denen er schon mehrere Jahre vor der Wiedervereinigung Anstöße gab, die sich später als richtige und nützliche Richtlinien in der Positionierung der Bundesregierung erwiesen.

Friedmann war einer derjenigen, die leise, dennoch unnachgiebig und vom Standpunkt der Gesetzmäßigkeit her die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands nicht abgetan und als nicht unerreichbar hingestellt haben, sondern die sich mit dem Weg ihrer Erreichbarkeit befassten und dabei auch den Rahmen europäischer Politik nicht verließen. Unausweichlich hat er sich dabei hinter die Rüstungsstrategie des Westens gestellt und auf die gefährlichen Auswirkungen im Falle eines Verzichts der Atomwaffenstationierung hingewiesen. Dies geschah in einer Zeit, in der der Warschauer Pakt die politische Naivität westdeutscher Künstler und der mittleren Bildungsschichten besonders intensiv ausnutzte. Damit zusammenhängend ging er auf die Notwendigkeit der Bindung der Bundesrepublik an die anderen großen verbündeten Staaten ein. Insonderheit die Betonung der Rolle der USA als Garant für das Bestehen des demokratischen Staates Bundesrepublik war ihm ein Anliegen. Ein Zustandekommen der „Nulllösung“ in der Atomraketenfrage hätte zwingend die deutliche Übermacht der Sowjetunion bei konventionellen Waffen zur Folge gehabt und letztlich zu einem Einmarsch unter fingierten Gründen nach sich ziehen können – wie zuvor in Afghanistan. Früh erkannte Friedmann die Bemühungen von Ronald Reagan, den Ostblock niederzurüsten, was durch enorme Ausgaben seitens der USA im militärischen Sektor und die gefürchtete Hochzinspolitik gelang. Dabei nannte Friedmann die Überwindung der deutschen Teilung einen sicheren Beitrag zur Schaffung eines gesamteuropäischen Friedensraumes in Europa. Verbunden damit erkannte er die Wichtigkeit, andere westliche Spitzenpolitiker für das Ziel Deutsche Einheit zu gewinnen, was letztlich mit Reagan und George Bush auch geschah.

Ein anderer bedeutender Aspekt war nach Friedmanns Beurteilung eine freie Wahlentscheidung des gesamten deutschen Volkes, wenn es hätte über seine Einheit abstimmen können. Friedmann äußerte sich absolut zuversichtlich, dass eine solche Entscheidung zu Gunsten des geeinten Staates und dessen Verbleib im westlichen System gefallen wäre. Wie richtig das also erkannt wurde. Vielleicht, so das Fazit dieses kurzen Porträts, sollte die Welt doch mal öfter auf die stillen, dafür aber kompetenten Denker und Wissenden hören. Es wäre für die Menschheit nicht von Schaden. *A.R.*
Ann. d. Red.: Der Beitrag wurde auf Anregung eines Kameraden aus Westfalen geschrieben. Wer ebenfalls einen verdienstvollen Politiker für ein Kurzporträt in der Fg vorschlagen will, kann dies gern tun.

Workuta: Entbehrungen, Erfahrungen und mancherlei Opfer

Kamerad Gerhard Penzel hat trotzdem mit 95 Jahren immer noch viel Lebensmut und Frohsinn

In den letzten Ausgaben der Fg haben wir drei Kameradinnen gewürdigt, die in diesem Jahr ihren 85. Geburtstag feierten. Jede von ihnen ist auf eine besondere Art verdienstvoll und für die VOS unersetzlich, und alle drei sind sie trotz des glücklichen Alters geistig und körperlich noch super fit. Über diesen Jubiläen haben wir fast übersehen, dass im März ein noch zehn Jahre älterer Kamerad, der nicht minder verdienstvoll für die VOS gewirkt hat und der ebenfalls zu den Aktiven unseres Verbandes zählt, seinen 95. Geburtstag beging. Dies ist unser Kamerad Gerhard Penzel, der in der Nähe von Bremen wohnt und der wie viele andere seiner Generation auf ein schweres Schicksal zurückblickt, das er jedoch nach seiner Rückkehr aus dem Lager Workuta erfolgreich gemeistert hat.

Kamerad Penzel ist inzwischen 95 Jahre, er blickt auf ein Leben zurück, das erfüllter nicht sein könnte. Geboren im März 1917 in Dresden, lernte er Maschinenbauer, absolvierte bis 1939 seinen Wehrdienst und musste nach dessen Beendigung gleich bei der Wehrmacht bleiben, um den nahenden Zweiten Weltkrieg mitmachen zu müssen. Kamerad Penzel erlebte dabei alle Facetten des Krieges mit: Ostfront, Westfront und wenige Tage vor Kriegsende die Einkesselung von Berlin, wo er schließlich verletzt und nach dem Selbstmord des „Führers“ in ein Lazarett ausgeflogen wurde.

Nach dem Krieg siedelte sich der einstige Dresdner in Goslar an und arbeitete im Werkzeughandel. In seine Heimat zog es ihn trotzdem immer wieder, auch wenn dort inzwischen andere Verhältnisse und andere Diktatoren herrschten, die ihn dann 1947 bei einem der Besuche unverhofft festsetzten. Der Vorwand lautete nicht anders als bei so manchem Schicksalsgefährten: Spionage. Auch das Urteil war nicht außergewöhnlich: 25 Jahre, und dabei hatte der damals 32-Jährige noch „Glück“, denn die Todesstrafe, die ihn gewiss hätte ereilen können, war zu jener Zeit ausgesetzt. Mit einem wissenden Lächeln erinnert sich Gerhard Penzel noch der Worte, mit denen der Dolmetscher der Sowjets, der übrigens später in die USA ging, den Urteilspruch kommentierte: „Du wirst nun viele Jahre für uns arbeiten.“

Gerhard Penzel hat das Urteil damals mit Fassung hingenommen. Er hat zwar auf eine vorzeitige Entlassung gehofft, doch er war innerlich auch stark genug,

die harte Strafe gegebenenfalls durchzustehen und irgendwann ungebrochen zurückzukehren. Bis diese Wahrheit wurde, vergingen allerdings fast neun Jahre. Die Zeit, die dazwischen lag, ist von Entbehrungen, Erfahrungen und mancherlei Opfer geprägt.

Leicht wurde es nicht, denn die Stationen waren hart und entbehrungsreich: Nach dem Kerker der U-Haft folgte das Zuchthaus Bautzen, danach der Transport nach Workuta an den Polarkreis. Die Fahrt dauerte vier Wochen, es gab immer wieder Zwischenstationen: Aussteigen, übernachten, dann rein in den Zug und weiter.

In Workuta nahm das Dasein der Menschen eine andere Form an. Gerhard Penzel wurde in Schacht vierzig eingewiesen, wo er mit weiteren 3.000 Gefangenen aus vielen anderen Ländern lebte und arbeitete. „Ich hatte noch das große Glück, dass ich gleich in eine Brigade mit Esten gesteckt wurde“, erinnert sich Gerhard Penzel. „Die hatten dort schon einige Jahre zugebracht und kannten sich aus. Sie haben mir sehr geholfen, vor allem was die Erfüllung der Norm anging.“ Auch wenn er im Schacht diese Norm nicht schaffte, schrieb ihm der estnische Brigadier, vordem Offizier in der Wehrmacht, die volle Prozentzahl gut. Von der Erfüllung der Norm hing der Verpflegungssatz ab, und von der Verpflegung wiederum die Kraft, diese schwere Zeit durchzustehen. Die Esten konnten im Übrigen gut Deutsch, da sie während des Krieges gegen die Sowjetunion mitgekämpft hatten.

Die Deutschen waren im ganzen Lager die meist gehasste Volksgruppe. Stalin hatte dafür gesorgt, dass nicht nur Deutsche, die außerhalb der Sowjetunion beheimatet waren, nach Workuta kamen, sondern auch die sogenannten Volksdeutschen, die in der Wolgarepublik gelebt hatten und bereits Jahre vor Kriegsbeginn vertrieben und verfolgt wurden. Von deren Schicksalen weiß Gerhard Penzel allherhand zu berichten. Nach Stalins Tod und den ersten Verhandlungen, die Kanzler Adenauer mir der neuen Regierung der Sowjets führte, wurde das Ende der harten Zeit absehbar. Damals

waren endlich Briefe und Pakete zugelassen. Die Briefe kamen von Ver-



wandten, die Pakete von deutschen Hilfsorganisationen. Da die Empfänger den Erhalt quittieren mussten, hatte man in Deutschland zuverlässige Lebenszeichen. 1954 verließ Penzel mit einigen anderen als Letzter das Lager Workuta. Die Inhaftierten wurden in anderen Lagern zusammengefasst, und Anfang 1956 ging der entscheidende Transport nach Deutschland, direkt in die Bundesrepublik. Da es nach Workuta keine offiziellen Nachrichtenverbindungen gegeben hatte, war für den Ex-Gefangenen nun vieles neu, in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Aus beruflichen Gründen verschlug es Gerhard Penzel nach Bremen. Er packte, mit nunmehr fast vierzig Jahren, das Leben noch mal an und arbeitete erfolgreich bei der Oberfinanzdirektion. Auch privat meisterte er alles. Er fand eine sympathische Frau, bezog ein modernes Eigenheim und wurde prompt Mitglied der VOS, der er inzwischen 56 Jahre angehört und in deren Reihen er lange die Bezirksgruppe Bremen – damals noch mit gut vierzig Kameraden besetzt – leitete. Kamerad Penzel wurde 1993 von den Sowjet-Behörden rehabilitiert. Er ist trotz der schweren Zeit, geistig und körperlich fit und zudem ein freundlicher und optimistischer Mensch. Wir als VOS sind froh und dankbar, dass wir zuverlässige Kameraden wie ihn in unseren Reihen haben und wünschen ihm noch viele glückliche Jahre. A.R.

Die Preisspiralen führen nach oben, die Einkommen stagnieren

Harald Hemmerling beantwortet weitere Fragen zum Vorhaben höhere Ehrenpension für uns

In der letzten Fg beantwortete der VOS-Landesvorsitzende von Niedersachsen Fragen zu dem geplanten Vorhaben einer höheren Ehrenpension für ehemalige politische Häftlinge von SBZ und DDR. Nachfolgend der zweite Teil des Interviews mit Harald Hemmerling.

Fg: Lasst uns kurz zurückblicken. Vor gut zehn Jahren ist genau auch eure Landesgruppe mit einer kompakten Aktion für eine Ehrenpension für ehemalige politische Häftlinge des SED-Regimes vorgeprescht. Habt ihr damals daran geglaubt, dass ihr Erfolg haben werdet bzw. dass es überhaupt zu einer Art Rente oder zu einer regelmäßigen finanziellen Zuwendung kommen würde?

Hemmerling: Sehr schön, ein Rückblick. Ja, wir haben damals fest daran geglaubt, dass wir Erfolg haben werden. Die Forderungen lagen ähnlich hoch wie heute, jedoch nicht so vollkommen. Wir wollten qualitativ auf Augenhöhe mit den Maßstäben der Wiedervereinigung und dem Besitz der Freiheit in ganz Deutschland sein, das beflügelte uns. Es gilt heute noch.

Fg: Damals ist das Thema bekanntlich von mehreren Seiten – teils massiv – in die Öffentlichkeit gebracht worden. Was glaubst du, welches Gewicht diese Initiative hatte?

Hemmerling: Unsere Initiative hatte eindeutig Initial-Zündungs-Charakter, sie war also der auslösende Faktor. Es war ausschlaggebend, dass wir bis zum Schluss durchhielten und Kraft hatten. Namen wie Hans Müller, Ortwin Meyer (+), Manfred Schulz, Klaus-Dieter Rößler – die Wolfenbütteler Gruppe – und meine Wenigkeit bleiben unauslöschlich damit verbunden. Der zweite ausschlaggebende Punkt waren die von der VOS und anderen DDR- und SBZ-Opfern organisierten Demonstrationen in Berlin. Bekanntlich wollte man uns zunächst nur 100 € bewilligen, darum gab es nach heftigen Protesten die jetzt gültigen 250 Euro. Man sollte auch jetzt nicht vergessen, wie eng und schwierig es damals war.

Fg: Fest steht natürlich auch eines: Es gibt kaum jemanden, der sich nicht über die „Besondere Zuwendung“ gefreut hat. Hat euch das nicht auch stolz gemacht und für die neue Initiative motiviert?

Hemmerling: Natürlich haben wir uns gefreut und waren als Begründer stolz auf diesen Erfolg, weil er auch hier ein anderes Niveau aufwies und wir als VOSler direkt am Verlauf beteiligt waren. Es waren ja auch Widerstände in den eigenen Reihen zu überwinden. Dennoch haben wir uns damals schon gefragt, warum so kleinlich mit ehemaligen politischen Häftlingen umgegangen werden soll, warum so

viel Gezerre durch die Bundesregierung inszeniert wurde. Neue Zeiten, neue berechnete Forderungen, das und die Erfahrung haben uns bewogen, neu motiviert ins Geschehen einzugreifen. Neue Impulse waren für unsere Landesgruppe besonders wichtig.

Fg: Seit die „Besondere Zuwendung“ gewährt wird, sind noch nicht viele Jahre vergangen. Inzwischen hat sich die wirtschaftliche Situation erheblich verschlechtert. Allein der Benzinpreis ist um durchschnittlich 50 Cent gestiegen. Auch Heizung, Mieten und GEZ werden immer teurer. Treffen diese Preisspiralen uns Ex-Häftlinge besonders stark, da ja viele von uns zur unteren Einkommenskategorie zählen?

Hemmerling: Es ist erfreulich, dass die Fg diese Themen anspricht. Die Preisspiralen treffen uns ohne jeden Zweifel direkt und hart; so haben wir uns das nie vorgestellt. Die gesamte Problematik ist hochaktuell, die „Großen Vier“ – so könnte man es nennen – fressen uns

auf. Mit rücksichtsloser Brutalität und unverschämter Maßlosigkeit greift die Industrie uns Bürgern in die Tasche. Wohlhabende verkräften die Preissteigerungen mühelos, da hohe Gehälter und hohe Altersrenten von prozentualen Einkommenssteigerungen deutlicher profitieren. Aber

die unteren Einkommensgruppen werden schwer bestraft, zumal das Ende der Fahnenstange längst nicht erreicht ist.

Auch das Zusammenleben der Menschen leidet unter der wachsenden Armut. Der Gemeinschaftsgedanke verflacht, die Kirchen wirken nicht mehr ausreichend glaubhaft, und auch die zunehmende Anzahl von Stiftungen löst die Probleme nicht. Kein Wunder also, wenn die Konflikte und ungelösten Fragen zunehmen.

Die Konzerne wälzen die Nebenkosten auf uns ab. Insbesondere die Mieteigentümer, die GmbH, GbR und wie sie alle heißen, schlagen rücksichtslos zu. Sie hätten keinen Gewinn davon, nur die Stromkonzerne sind es, sagen sie. Wer soll das glauben? Das alles wirkt sich

auf die Moral und die zwischenmenschlichen Beziehungen aus. „Verspielt die Freiheit nicht“, riefen uns einst Sigurd Binski und Richard Knöchel zu. Es sollte nicht vergessen werden und muss die ehemaligen politischen Häftlinge und Verfolgten zu mehr Aktivitäten motivieren.

Fg: An dieser Stelle möchten wir übrigens auch ein Lob einiger Kameradinnen und Kameraden für eure Aktion weitergeben. Bekanntlich wird nahezu in jeder Fg auf die Dringlichkeit von Verbesserungen hingewiesen. Nur an konkreten, vor allem sichtbaren Aktionen hat es bisher gemangelt. Nun wird also wieder „gekämpft“. Wird euch das weiter motivieren?

→ Seite 9 oben

Das Interview in der Fg

II. Teil

Wenn wir vorher schon so deutlich eine Generalablehnung unserer Forderungen heraufbeschwören, stellen wir damit quasi die Kardinalfrage nach dem Sinn der VOS und dem Selbstbewusstsein der ehemals politisch Verfolgten. Dann wären unsere Opfer und unser Widerstand gegen die Diktatur auch nicht mehr viel wert.

Hemmerling: Herzlichen Dank, das Lob freut uns natürlich. Lob ist wie ein gutes Essen, es spornt kräftig an und gibt Kraft. Aber es geht nicht ohne kritische Hinweise, wenn wir weiterkommen wollen. Es sollten alle von uns in die gleiche Kerbe schlagen, die anderen Landesgruppen müssen auch mitfechten und helfen, die Aktionen zu koordinieren. Das motiviert ungemein, und der Begriff *kämpfen* hebt das auch hervor. Das brauchen wir, zumal wir keine Lobby und kaum praktischen Handlungsspielraum haben. Zudem fehlt es an Geld, und es bestehen auch eine Menge Abhängigkeiten. Aber unser Weg durch die Haft und die wirtschaftliche Situation der meisten ehemals Verfolgten und Inhaftierten fordern uns heraus. Ich habe den Eindruck, dass sich jene Starre, in der wir uns anscheinend lange befunden haben, löst. Die bisherige Resonanz in der VOS zeigt, dass die Forderungen berechtigt sind.

Fg: *Allerdings sagen auch fast alle im selben Atemzug: So drastisch wie die einzelnen Punkte des Kataloges aussehen, wird das eher zu einer grundsätzlichen Ablehnung führen. Sollte man also nicht vielmehr den Weg der kleineren Schritte versuchen und erst mal nur auf Hinterbliebenenversorgung und Inflationsausgleich orientieren?*

Hemmerling: Natürlich, zweifeln darf jeder. Ich tue es auch zuweilen. Dennoch darf man den Erfolg nicht von vornherein negieren. Wenn wir vorher schon so deutlich eine Generalablehnung unserer Forderungen heraufbeschwören, stellen wir damit quasi die Kardinalfrage nach dem Sinn der VOS und dem Selbstbewusstsein der ehemals politisch Verfolgten. Dann wären unsere Opfer und unser Widerstand gegen die Diktatur auch nicht mehr viel wert. Das Ergebnis unseres Forderungskataloges wird auf jeden Fall eine veränderte Realität sein. Wie sie aussieht, werden wir dann sehen.

Im Wesentlichen geht es bei der Durchsetzung des Forderungskataloges um folgende wichtige Punkte: Wir müssen uns auch für die politisch Verfolgten ohne Haftschicksal einsetzen bzw. jene einbeziehen, die „nur“ ein halbes Jahr in Haft waren. Auch sie haben gelitten und dürfen nicht ausgegrenzt werden. Wir sollten uns erstens von der Annahme lösen, dass die Schwere der Verfolgungsschicksale an die Länge der Haftzeit gekoppelt sein muss. Und dann wäre es unsere Aufgabe, diese Erkenntnis den Abgeordneten zu vermitteln. Eine Ehrenrente steht allen Opfern zu. Für die Forderung nach einer Erhöhung der Ehrenpension dürfen wir uns gegenüber ebenfalls nicht kleinlich sein. Wenn wir nur 50 oder 100 Euro fordern würden, wird das vermutlich nicht mal ernstgenommen. Wichtig ist, dass wir uns von dem Begriff Opferrente oder „Besonderen Zuwendung“ lösen und künftig von einer „Ehrenrente“ oder einem „Ehrensold“ sprechen. Zudem sollten wir die Offensive suchen und auch nicht als Bettler auftreten.

Noch ein Wort zu der ansonsten diskutierten Hinterbliebenenversorgung und dem Inflationsausgleich. Diese Forderungen als Schwerpunkte treffen unsere politische Situation nicht ausreichend. Fakt ist doch, dass ohne uns im Zeitraum nach 1945 in Deutschland vieles anders gelaufen wäre. Wir sollten uns auf unsere Verdienste und unsere Opfer besinnen. Wir sollten unseren eigenen Wert erkennen und uns selbstbewusst präsentieren. Die Taktik der kleinen Schritte darf nicht unser Duktus sein. Wir selbst sollten Bedingungen stellen.

Wir haben unseren Forderungskatalog nun vorgelegt, nun sollte sich auch jeder mit diesem Gesamtpaket identifizieren und auch mit Selbstbewusstsein gegenüber der Bundesregierung und den Abgeordneten agieren. Die Kugel ist aus dem Lauf, in die Verantwortung sind wir alle genommen, wenn auch auf unterschiedliche Art.



Fg: *Ein anderer Streitpunkt ist die Staffelung der Zuwendungshöhe. Ist es wirklich sinnvoll, die Höhe der Ehrenpension nach der Länge der Haftzeit zu staffeln? Ist nicht jemand, der fünf oder sechs Jahre ohne Haft von der Stasi zermürbt und dessen Psyche und Existenz quasi auf Lebenszeit irreparabel beschädigt wurde – diese Formulierung ist hier ganz bewusst gewählt – und da er dies gar nicht oder nicht in vollem Umfang beweisen kann, mindestens so übel dran wie jemand, der jahrelang inhaftiert war?*

Hemmerling: Die Feststellung trifft den Nagel auf den Kopf. Die Gegenüberstellung von Opfern, die gar nicht oder nur kurzzeitig inhaftiert waren, mit jenen, die man jahrelang eingesperrt hat, ist schwierig. Auch ohne Haft hat es schwere Verfolgungen gegeben, die zu enormen gesundheitlichen Schäden, aber auch zum völligen wirtschaftlichen Ruin geführt haben. Hier kann ich nur für gegenseitiges Verständnis appellieren. Es wäre absolut kontraproduktiv, wenn sich die eine Opfergruppe über die andere erhebt. Fakt ist, dass beiden Gruppen geholfen werden muss. Wahrscheinlich nehmen wir die Forderung nach einer gestaffelten Höhe der Ehrenrente aus dem Katalog heraus. Sie war 2003 noch angebracht, heute passt es nicht mehr. Wir verwirren außerdem zum einen die Abgeordneten, zum anderen laufen wir Gefahr, unsere eigenen Reihen zu spalten und uns gegenseitig aufzuhetzen. Einfach und verständlich bleiben, das ist unser Prinzip. Man sieht, die Fragestellung dieses Interviews führt spontan zu neuen Entscheidungen. Dafür nehmen wir die in der Fg angeregte Hinterbliebenenversorgung von Inhaftierten, die nicht nur Ehepartner, sondern auch Kinder berücksichtigen soll, mit in den Forderungskatalog auf. Denn auch die Kinder ehemaliger politischer Häftlinge und Verfolgter sind benachteiligt und haben Anspruch auf eine Rente. → 10

Fg: *Wäre euer Aktionskreis bereit, sich auch auf Vorschläge des Bundesvorstandes oder einzelner Betroffener einzulassen und den Katalog zu ändern?*

Hemmerling: Grundsätzlich ja, denn alles andere würde zu sehr nach Eigensinn aussehen. Der Bundesvorstand der VOS und einzelne Mitglieder sollten jedoch bis Ende des Jahres Zeit haben, ihre Vorstellungen und Anregungen bei uns einzubringen. Natürlich sind wir dankbar für Hinweise. Man muss den jeweiligen Vorschlag prüfen und sich zusammensetzen. Im Übrigen sind wir auf den Rückhalt des Bundesvorstandes und der gesamten VOS angewiesen.

Fg: *Habt ihr auch die schwierige Problematik der erleichterten Anerkennung von Gesundheitsschäden aus der Haft und die Frage der Aufklärung von Zwangsarbeit in den DDR-Haftanstalten in eurem Katalog?*

Hemmerling: Nein, diese Themen klammern wir bewusst aus. Erstens würden wir uns übernehmen, und zweitens besteht die Gefahr, dass man seitens der Politik versuchen könnte, uns hier mit ohnehin fälligen „Zugeständnissen abzuspeisen“. Das Thema Ehrenrente könnte dann zweitrangig bzw. einfach abgehakt werden. Zudem befasst sich ja das Netzwerk in Niedersachsen ausgiebig mit der Problematik von Haft-Gesundheitsschäden, was ich vor unserer Landesgruppe bereits in einem Vortrag erläutert habe. Auch hier hat man schwer um Erfolge zu kämpfen, denn das festgefügte Bundesversorgungsgesetz greift nur mäßig.

Fg: *Lieber Kamerad Harald Hemmerling, danke für dieses ausführliche Interview und danke an deine Mitstreiter für diese uns allen neue Hoffnung machende Initiative. Können wir abschließend ein Fazit ziehen?*

Hemmerling: Wir bedanken uns ebenfalls für das große Interesse, das sich bereits in diesem Anfangsstadium ergeben hat. Es kommt nun für die gesamte VOS auf die Antworten von Bundestag und Bundesregierung an. Alles andere wäre in diesem Stadium Spekulation. Unser Forderungskatalog bietet zwar großen Spielraum, insbesondere bezüglich der Höhe der Ehrenrente, aber wird unsere Zielsetzung hier unterschritten, kann das nicht mehr als Erfolg für uns angesehen werden.

Fg: *Und rein organisatorisch?*

Hemmerling: Hier ist Kooperation gefragt. Es gilt, sich wechselseitig zu unterstützen, zu informieren, solidarisch zu sein, einen Handlungsspielraum für alle zuzulassen. Führend koordinierend, nicht kontrollierend, nicht befehlend. Denkbar ist die Übertragung von Teilaufgaben an andere Landesgruppen oder den Bundesvorstand, wenn es um Gespräche geht. Absprachen sind wichtig, Auswertungen, möglicherweise Veröffentlichungen von Zwischenergebnissen. Wir können erst reagieren, wenn wir wissen, was auf uns zukommt.

Und dann gibt es ja auch den finanziellen Aspekt: Wir wollen viel für andere machen, aber wer macht etwas für uns? Da sind die Fahrten von Hannover nach Berlin oder in die Landesparlamente, sollen wir das aus der eigenen Tasche bezahlen?

Natürlich wird die Fg alle Informationen und Kommentare, die sich ergeben, weiterhin veröffentlichen. Habt ihr auch andere Publikationsmöglichkeiten?

Hemmerling: Intern bleibt die FG unersetzlich. Welche anderen Zeitungen können wir nutzen? Das ist schwer zu beantworten. Zurzeit haben wir nur die Fg. Bei den Tageszeitungen besteht nicht unbedingt ein Interesse. Dann kann es sein, dass die Forderungen nach einer höheren Ehrenrente bei den Medien und der Bevölkerung falsch aufgefasst werden. Ich spreche – was angesichts der allgemeinen Armut nicht verwunderlich wäre – von Neid bei anderen Bevölkerungsgruppen. Allerdings könnte durch Publikationen z. B. die Rolle der Kommunen bei der „Besonderen Zuwendung“ veranschaulicht und untersucht werden. Können sie bei ständig knappen Kassen und zunehmender Verschuldung auch später an uns zahlen? Das werden wir sehen, ich verweise nochmals darauf, dass wir uns im Anfangsstadium befinden. Wir müssen letztlich auch herausfinden, wie die ehemaligen politischen Häftlinge und Verfolgten insgesamt reagieren. Eindeutig stehen zu viele von uns im Abseits. Warum? Sind sie verbittert, enttäuscht, krank? Wir wissen nicht einmal, ob sie unseren Einsatz begrüßen. Deshalb wollen wir gegebenenfalls auch Wege außerhalb gültiger Regeln einschlagen. Insofern sind weitere Informationen und Rückmeldungen aufgrund von Presseberichten wichtig und nützlich für uns.

Fg: *Habt ihr zum Abschluss noch eine direkte Botschaft an die Leserinnen und Leser der Fg?*

Hemmerling: Auf jeden Fall! Liebe Kameradinnen und Kameraden, wir können nicht alles, also unterstützt uns! Die VOS und die Opfer der SED kämpfen um das Überleben, bleibt an unserer Seite, geht nicht in die Knie, gebt niemals auf! Der Stand der Sache gebietet abzuwarten, was geschieht, wir sind gespannt. Herzlichen Dank für die Möglichkeit, unsere Ziele darzulegen.

*VOS Landesgruppe Niedersachsen, Harald Hemmerling
Hannover, September 2012*

Das Foto S. 10 zeigt die Initiatoren der Aktion. Kamerad Hemmerling Bildmitte, Kamerad Roessler links

* * * * *

Dänemark, USA, Australien und mehr

VOS ist nicht nur bundesweit, sondern auch in anderen Ländern und Kontinenten vertreten

Was viele innerhalb und außerhalb der VOS nicht wissen, ist die Tatsache, dass unser Verband seine „Fühler“ schon längst auf andere Länder und sogar Kontinente ausgestreckt hat. Vor Jahren schon stellten wir unseren Kameraden Rudy Parlavor, der in Australien lebt und nach der Aufstockung der Haftentschädigung Ende der 1990er Jahre Europa noch einmal besuchen konnte. Trotz Erkrankungen ist Kamerad Rudy noch wohllauf und hat über seine Haftzeit auch ein Buch geschrieben, das wir in der Fg bereits vorstellten.

Auch in Dänemark ist die VOS „verwurzelt“, und dies schon seit Langem und dies gleich durch mehrere Mitglieder, wie wir durch das Übernachtungsangebot für das schöne Leipzig erfahren konnten. In den Vereinigten Staaten sind wir mittlerweile durch mindestens drei Kameraden vertreten, wobei diese drei (Christian M. Lappe, Werner Juretzko und Danilo Vogt) häufig genug von sich reden machen und auch in der Fg auftauchen. Kamerad Danilo Vogt war zwischenzeitlich in Deutschland, nun ist er jedoch wieder mit seinem Truck auf den amerikanischen Highways unterwegs. All diesen Unermüdlichen sei ein besonderer Gruß übermittelt. Wir hoffen, noch viel zu hören.

Valerie Bosse

Ich schlug sogar mit Fäusten auf Ärzte und das Pflegepersonal ein

Kamerad Xing-hu Kuo „erlebt“ nach mehr als vierzig Jahren die Spätfolgen seiner Haft

Haftschicksale und ihre Folgen sind heutzutage kaum noch ein Stoff, für den sich die Öffentlichkeit interessiert. Und doch sind die Auswirkungen der Vernehmungen und der Haftbedingungen bei vielen ehemaligen Häftlingen so tief eingegraben, dass sie – obwohl über Jahrzehnte nicht spürbar – plötzlich zu wirken anfangen und als schwerste Krankheitssymptome auftreten. Lesen Sie nachstehend, wie es unserem Kameraden Xing-hu Kuo erging, der kürzlich noch unter schweren Halluzinationen und Depressionen litt.

Vor 40 Jahren, Ende Mai 1972, wurde ich nach 7 ½ Jahren, zumeist in strengster Isolation, verbrachter Stasi-Haft durch Freikauf von Bautzen II nach West-Berlin entlassen. Ich war 1965 als Staatsbürger der Volksrepublik China und damaliger Mitarbeiter in der Pekinger Botschaft in Ost-Berlin von der Stasi verhaftet worden. Wegen des chinesisch-sowjetischen Konflikts in den 1960er und 1970er Jahre war ich für MfS und KGB ein „sehr gefährlicher Staatsfeind“, galt ich doch in den paranoiden Köpfen dieser Geheimdienstler als „fanatischer Maoist“ und zugleich als „ein Bewunderer Konrad Adenauers“ (!). Nach den hirnrissigen Vorstellungen der Stasi und des KGB wollte ich gemeinsam mit dem „westdeutschen Imperialismus“ die DDR bekämpfen, und deshalb sollte ich nun „liquidiert“ werden.

Dieses mörderische Vorhaben konnte ich verhindern, indem ein Haftkamerad einen geheimen Kassiber für mich in den Westen schmuggelte und diesen 1969 in der WELT veröffentlichen ließ. Dadurch wurde „mein Fall“ bundesweit bekannt und die DDR samt Honecker und Mielke waren entlarvt. Es folgte nun mein gewinnbringender Freikauf in den Westen.

Nach meiner Entlassung wurde ich aufgrund meiner ruinierten Gesundheit zu 100 % als Schwerbehinderter anerkannt, meine Nieren arbeiteten nicht mehr, ich musste lange auf eine Transplantation warten. Mein Diabetes entwickelte sich schlimm, da mir in der Haft lange Zeit das Insulin verweigert wurde, die Zähne fielen aus usw. Hinzu kam ein „irreversibler Persönlichkeitswandel“, so das Versorgungsamt, mit Klaustrophobie, Angstzuständen usw.

Robert Axt, ein Kamerad aus Bautzen, verhalf mir zu einer Arbeit als Journalist im Springer Verlag, hier war ich 15 Jahre Redakteur, bevor ich vor-

zeitig in Rente gehen musste. In dieser Zeit kam ich kaum dazu an Bautzen zu denken. Ich glaubte, dass ich die Haft endgültig hinter mir lassen würde. Erst durch meine Aktivitäten für die VOS – ich war Bundespressesprecher und Fg-Redakteur (als Vorgänger von Alexander Richter) – kam die Erinnerung zurück. Auch gründete ich den Anita Tykve Verlag, der fast nur Knast-Literatur von DDR-Opfern – darunter wiederum Fg-Redakteur A. Richter – publizierte und leider nur Verluste einfuhr. Die Autoren hatten zwar meist gute Bücher geschrieben, aber in der DDR nichts veröffentlicht, weshalb sie im Westen unbekannt waren. Ihre meist kompromisslosen Texte störten zudem die „Entspannungspolitik“ der 1970er und 1980er Jahre.

Haft= Schäden

Mit zunehmendem Alter und der Aufgabe der Verlagsarbeit kamen die Erinnerungen an die böse Zeit von Hohenschönhausen und Bautzen zurück. Ich litt unter Schlaflosigkeit, bekam Alpträume, wurde nervös, von meiner asiatischen Geduld blieb nicht viel übrig. Das Sprichwort, die Zeit heile alle Wunden, traf auf mich nicht zu, wie auf viele ehemalige politische Gefangene, die so viel Unmenschliches erdulden und überleben mussten.

Im Sommer 2009 erlitt ich eine Unterzuckerung meines Diabetes und ich fiel im Auto in Ohnmacht, verursachte einen Verkehrsunfall, Gott sei Dank nur ein Blechschaden. Ich kam ins Krankenhaus Sindelfingen, wo man mir half. Aber ich war in einem Schock-Zustand und blieb mehrere Wochen hier, zunächst auf der Intensivstation, denn ich spielte buchstäblich verrückt.

Entgegen meinem normalen Verhalten schlug ich mit Fäusten auf Ärzte und Pflegepersonal ein und beschimpfte sie als Stasi-Mörder. Ich war fest davon überzeugt, dass man mich im Auftrag der Stasi ermorden wollte. Sobald ein Arzt oder eine Krankenschwester in mein Zimmer kam, schrie ich: „Geben Sie zu, dass Sie mich im Auftrag der Stasi umbringen wollen“. Ich musste mit Händen und Füßen an das Bett gefesselt werden, weshalb ich weiter an ein Stasi-Komplott gegen mich glaubte. Sogar meiner Frau unterstellte ich, sie sei ein Spitzel der Stasi und verlangte

ihren Ausweis! Als sie den Ausweis erschrocken zeigte, behauptete ich, er wäre gefälscht.

Das Krankenhausessen verweigerte ich, ich hielt es für vergiftet. Meine Frau, die als West-Berlinerin von den Unmenschlichkeiten der Stasi wenig Ahnung hatte, wurde somit selbst zum Opfer. Wenigstens konnte sie dem verschreckten Personal von meiner Haftvergangenheit erzählen.

Während des Krankenhausaufenthaltes bekam ich wahre Horror-Halluzinationen: Ich „erlebte“ zwei Hinrichtungen: Ich sah Löcher in der Wand, aus denen unsichtbare Schützen mit Gewehren auf mich schossen. Beim zweiten Fiebertraum kam ich in Frankfurt/Oder unters Fallbeil. Mein Kopf wurde von meiner Frau ins Badezimmer des Krankenzimmers gebracht. Dazu muss man wissen, dass meine Vernehmer mir immer gedroht hatten: „Wir haben in Frankfurt/Oder eine Guillotine mit einem scharfen Messerchen. Wenn du nicht zugibst, ein CIA-Spion zu sein, wird dein Kopf bald rollen ...“ Die Drohung verfolgt mich auch nach mehr als 40 Jahren noch ... Auch sah ich mich als Toter im Bett, neben mir stand ein Sarg, aus dem mir eine bleiche Hand zuwinkte. Jemand rief: „Komm!“ Dazu läuteten die Totenglocken.

Erst nach einer Woche und der Einnahme schwerer Antidepressiva begann ich wieder „normal“ zu werden und zu essen. Ich kam in ein anderes Krankenzimmer, wo ich noch drei Wochen blieb. Die Antidepressiva habe ich – entgegen der ärztlichen Verordnung – nicht weiter genommen. Ich hielt die Nebenwirkungen einfach nicht mehr aus, und die Depressionen war ich sowieso nicht losgeworden. Daher habe ich immer wieder Alpträume und Verfolgungsangst. Stasi und DDR haben gründlich „gearbeitet“. Körperlich und psychisch bin ich heute verglichen mit dem Leben vor der Inhaftierung nur ein Wrack. Hoffentlich erkennt auch das Versorgungsamt diese Spätfolgen an, denn seit jener Zeit wird ein Antrag auf Anerkennung der Verschlimmerung „geprüft“, im Schneckentempo der Bürokratie. Vielleicht warten die Ämter und Gutachter auf eine „natürliche“ Lösung „meines“ Problems, indem ich bald sterbe. Diesen Gefallen möchte ich denen – übrigens auch nicht den Stasi-Leuten – dann doch nicht so schnell tun ... Xing Hu Kuo

Ann.: Kamerad Kuo lebt in Sindelfingen. Er pflegt seine schwerkranke Frau.

Rechtsstaat Einigungsvertrag und Gerechtigkeit

Die Zusage zu einer Überarbeitung der Bedingungen für die Opferrente wurde damals gegeben

von Wolfgang Stiehl

Wenn wir den Stand der Aufarbeitung des SBZ/SED-Unrechts in der Gegenwart (seit 1990) analysieren, dann kommt – neben dem unbefriedigenden Aufarbeitungsergebnis – unweigerlich der schwer mangelbehaftete Einigungsvertrag als Basis für eine rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechende Aufarbeitung des Unrechts und der Verbrechen in das Blickfeld.

Die Grundlage für die, meiner Meinung nach unvermeidlichen, Mängel des Einigungsvertrages waren:

◆ Die Schaffung des Vertragswerkes in absoluter und damit zwangsläufig zu Fehlern führender Rekordzeit.

◆ Die weitestgehende Unkenntnis der Vertragsverantwortlichen aus den alten Bundesländern von der Struktur und dem Wirken von totalitären Diktaturen, zusammen mit der fehlenden Zeit für eine vorherige adäquate Wissensaneignung der Bearbeiter.

◆ Das „verständliche Bestreben“ der ursprünglich den DDR-Staat beherrschenden SED (immerhin 16 % der Volkskammerabgeordneten), alles dafür zu tun, dass möglichst viele ihrer Parteigänger vor einer Verfolgung ihrer menschenrechtsfeindlichen Handlungen durch den Vertragsinhalt bewahrt werden.

◆ Das grundsätzliche Fehlen einer Höherstellung des Menschen- und Völkerrechts vor dem geltenden nationalen Recht der beiden Deutschen Teilstaaten im Vertragsinhalt.

Ein wesentlich weniger mangelbehafteter Einigungsvertrag wäre wahrscheinlich in einer **wesentlich längeren** Bearbeitungszeit möglich gewesen, ob dann aber noch die geschichtliche Chance zur Deutschen Einheit offen gewesen wäre, wage ich zu bezweifeln.

Ergo ist es doch wohl im Interesse der Menschen in Gesamtdeutschland besser, mit einem Vertrag zu leben, der die Verfolgung von DDR-Unrecht und Verbrechen weitgehend verhindert, als eine nicht vollendbare Deutsche Einheit, zumal in der Geschichte ablesbar ist, dass es noch nie einem Rechtsstaat gelungen ist, die Täter einer Diktatur angemessen zu bestrafen. Wobei „angemessen“ absolut nicht „**Auge um Auge, Zahn um Zahn**“ heißen soll. Auch die Mehrheit der Diktaturoffer, glaube ich, sind keine Racheengel.

Dennoch können wir als die Opfer der Gewaltherrschaft der kommunistischen Diktaturen mit dem erreichten Stand der juristischen Aufarbeitung absolut nicht zufrieden sein. Das zu verändern liegt aber nicht in der Hand der Juristen, sondern viel mehr in der Hand des Gesetzgebers. Hierzu gibt der Einigungsvertrag dem Gesetzgeber in Kapitel V, Artikel 17, alle Mittel in die Hand, ohne gegen das Rückwirkungsverbot, die eine der unverzichtbaren tragenden Säulen des Rechtsstaates ist, zu verstoßen.

Worin liegt aber nun die Unzufriedenheit der von politischer Verfolgung betroffenen Menschen begründet? Doch wohl darin, dass sie immer noch einen **vielfach schlechteren sozialen Status** haben, als die Unrecht und Verbrechen ausgeübt habenden Täter. In kleineren Gemeinden, in denen sich die Einwohner gut kennen, kann doch der Stasi-Vernehmer oder SED-Betriebsleiter dem ehemals von ihm Verfolgten oder am beruflichen Aufstieg Gehinderten auf die Schulter klopfen und höhnisch fragen: „Was hat dir denn nun dein Widerstand gebracht? Wie du siehst, lebe **ich** doch – dank des demokratischen Rechtsstaates – weitaus besser als du“. Mitmachen lohnt immer.

Wenn denn zur Einhaltung des wichtigen Rückwirkungsverbot am Einigungsvertrag keine bessere Verfolgung der Täter nachgebessert werden darf, so verbietet der Einigungsvertrag keineswegs, das krasse Missverhältnis des sozialen Status von Tätern und Opfern abzustellen. Und da komme man den Opfern auch bitte nicht mit der Floskel, „dafür reicht das Geld nicht“. Wenn eine höchstrichterliche Entscheidung die Gesetzesmacher fordert, die Täter entsprechend ihrer Klagen besser zu stellen, ist jederzeit Geld da. Nur die Opfer haben keine Lobby und keine beiseite gebrachten SED- und Staatsgelder der DDR, um ebenfalls mit Staranwälten zu klagen.

Gewiss sind vom Gesetzgeber einige **Schritte in die richtige Richtung** in den letzten 22 Jahren auf den

Fragt der frühere Vernehmer oder der einstige „einfache“ SED-Genosse den früheren Verfolgten:

„Was haben dir denn nun dein Widerstand und die vielen Jahre im Knast gebracht? Wie du siehst, lebe **ich** doch **heute** – dank des demokratischen Rechtsstaates – weitaus besser als du“.

Nun weiß man: Mitmachen oder auch nur Mitläufer zu sein bringt einen immer besser voran, als sich gegen das herrschende Regime zu stellen.

Weg gebracht worden (HHG, StrRehaG, mit BerRehaG und einer „Besonderen Zuwendung – mit Bedürftigkeitsklausel und Mindesthaftzeit“). Letzteres mit 17 Jahren Wartezeit in denen viele der Verfolgten verbittert schon ihr Leben vollendet haben.

Die Forschung beklagt zu Recht das Unwissen vieler Schüler über die beiden vergangenen Diktaturen. Eine Aufbesserung des sozialen Status der Verfolgten in der kommunistischen Diktatur in der Größenordnung, wie es bei den NS-Verfolgten mit Recht geschah, würde die Wahrnehmung der Verfolgungen in der Öffentlichkeit und in den Diskussionen mit Sicherheit verbessern. Hier komme man uns auch bitte nicht mit der direkt unanständigen Floskel der schlimmeren Diktatur. Beide Diktaturen waren in ihrer Verbrechensintensität zwar **höchst unterschiedlich**, aber das Leiden **jedes einzelnen Opfers** ist **höchst vergleichbar**.

Wenn wir mehr Gerechtigkeit fordern, heißt das nicht Verschärfung der Täterbestrafung, sondern Aufbesserung des sozialen Status’ der Verfolgten.

Im Einzelnen gäbe es – ohne Wichtung durch die Reihenfolge der Aufzählung und ohne Anspruch auf Vollzähligkeit – folgende mögliche Schritte:

→ **Weiter auf Seite 13 oben**

- ◆ Erhöhung des Betrages der „*Besonderen Zuwendung*“ von dem ursprünglich gewählten „*kleinsten gemeinsamen Nenner*“ 250,- €/Monat auf den Betrag der auch den NS-Opfern mit Ex-DDR-Wohnsitz gewährt wird, auf mindestens 700,- €/Monat. Die Diktatureinwirkungen dauerten ja unterschiedlich lange, 12 und 44 Jahre. Somit auch keine Gleichstellung.
- ◆ Vererbbarkeit des Betrages/oder evtl. Teilbetrages auf den Lebenspartner der vor 1990 schon in der Gemeinschaft mit dem Verfolgten lebte (ebenfalls für die NS-Opfer praktiziert).
- ◆ Fortfall der 6-Haftmonate-Frist, für den Anspruch auf Zahlung
- ◆ Absoluter Fortfall der Bedürftigkeitsklausel um der Zahlung den wirklichen Ehrenpensionscharakter zu geben.
- ◆ Einbeziehung nicht inhaftierter Verfolgter des Kommunismus.
- ◆ Beweislastumkehr bei bestehenden Gesundheitsschäden. Das heißt, der Gutachter müsste für eine



Verweigerung der Anerkennung vermuteter haftbedingter Gesundheitsschäden *beweisen*, dass der *Schaden auf keinen Fall in der Haft* zugezogen sein kann.

Es gäbe gewiss noch weitere Vorschläge, aber wenn der Gesetzgeber die Kraft aufbringt, sich mit der Materie erneut verbessernd zu befassen, wie uns das in 2007 versprochen wurde, dass die jetzige Fassung noch längst nicht das Ende sei, sollte es ohnehin wieder eine entsprechende Anhörung aller Betroffenen und Macher im Bundestag geben, die über die Gewichtung und Machbarkeit der zahlreichen Vorschlagsvarianten zu diskutieren haben.

Übrigens ist das Thema der unzureichenden Strafverfolgung schon recht betagt: Dass Täter von Menschenrechtsverletzungen meist straflos bleiben, ist kein Phänomen der Neuzeit. Schon Papst Innozenz der I. schrieb im Jahr 414:

„Wenn von Völkern oder einer großen Menge gesündigt wird, so pflegt dies ungesühnt durchzugehen, da wegen der großen Zahl nicht gegen alle vorgegangen werden kann. Deshalb, so sage ich, muss das Vergangene dem Urteil Gottes überlassen bleiben und für die Zukunft mit äußerster Strenge vorbeugt werden.“

Wir fordern eben diese Vorbeugung durch eine wirklich Gerechtigkeit herstellende angemessene Opferentschädigung.

Wolfgang Stiehl

Projektwerkstatt am „Lindenhotel“ Potsdam wird zehn Jahre

Potsdams OB Jann Jacob mit Grußwort

Anlässlich des 10-jährigen Bestehens der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ laden der Verein zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ e.V. und das MBS Brandenburg und der Landeshauptstadt Potsdam zur Jubiläumsveranstaltung am 5. November 2012 um 18.00 Uhr in die Gedenkstätte für Opfer politischer Gewalt, Potsdam ein.

Einlass ab 16.00 Uhr. Besichtigung der Projektwerkstatt und der Gedenkstätte, Begegnung mit Zeitzeugen. Ausstellung: „Umweltbewegung in der DDR“ Film: „Einfach, weil man Mensch sein wollte“ Programm ab 18.00 Uhr

Filmausschnitt: „Der steinerne Horizont - Wo in Potsdam die DDR endete“- ein Schülerprojekt der Waldorfschule Potsdam.

Es besteht die Möglichkeit, Bücher von Zeitzeugen zu erwerben.

Nachruf

Wir trauern um
unser langjähriges Mitglied

Kamerad Heinz Schließauf

verstorben am 19. Oktober 2012

Heinz Schließauf war eines der ältesten und treuesten Mitglieder unserer Gemeinschaft und Träger des goldenen Verbandsabzeichens. Geprägt von einer langen und unmenschlichen Lagerhaft in Workuta, fand er bereits 1956 den Weg zur VOS.

Solange die Kräfte reichten, nahm er an jeder Veranstaltung der Bezirksgruppe teil. Zuletzt ließ er sich durch seinen Sohn bzw. seine Lebensgefährtin fahren.

Die Bezirksgruppe Detmold/Münster wird Heinz Schließauf ein ehrendes Andenken bewahren.

Bernd Pieper

VOS-Bundesvorstand

Wozu braucht man Zeitzeugen?

Funktioniert die Aufarbeitung der SED-Diktatur besser ohne ehemalige politische Häftlinge?

Wer kann die DDR am besten aufarbeiten? Wie kann man sie aufarbeiten? Wer kann, darf schildern, wie die Diktatur funktioniert hat, wie man den Knast erlebte, welches persönliche Schicksal einem widerfuhr? Soll man die finanziellen Mittel, die durchaus nicht knapp vorhanden sind, den Historikern, Politikern, Stiftungen und Veranstaltungsorganisations geben, damit diese dann – möglichst ohne direkten Einfluss der Zeitzeugen, also der ehemaligen Häftlinge und Verfolgten – alles regeln? Regeln, das heißt ein Bild der vierzigjährigen Diktatur entwerfen und dieses dann – auch gegen anderslautende Meinungen der Betroffenen – verbreiten und behaupten? Zeitzeugen stören, so hat mancher ehemalige Häftling mittlerweile den Eindruck. Man braucht sie nur zum „Abnicken“ von Vorträgen oder als „historischen Schmuck“ bei Veranstaltungen. Sicher geht es auch anders, wie wir es vor allem in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen erleben, wo insonderheit junge Menschen lieber authentische Erfahrungen hören und sich bei den ehemaligen Häftlingen direkt informieren.

B. Thonn

Die hektischen Vorgänge um den jähen Tod eines NVA-Offiziers im Sommer 1962 an der innerdeutschen Grenze muten den heutigen Betrachter, nach Mauerfall, Wiedervereinigung und Aufdeckung unglaublicher DDR-Verbrechen, wie Nachrichten aus einer fernen Zeit an, die uns kaum noch berühren. Damals aber, am 14. August vor 50 Jahren, als DDR-Grenzsoldaten und BGS-Beamte an der hessisch-thüringischen Grenze zwischen Geisa und Hünfeld aufeinander schossen, wurde der Vorfall als „politischer Auftragsmord“ gewertet, der fast einen „Dritten Weltkrieg“ ausgelöst hätte.

Heute, ein halbes Jahrhundert danach, wo alle Denkmäler für den erschossenen Hauptmann Rudi Arnstadt (1926-1962) längst geschleift sind, ausgenommen das Ehrengrab auf dem Erfurter Hauptfriedhof, wo Betriebe und Schulen, die seinen Namen trugen, umbenannt sind, wo die „Nationale Volksarmee“, der er angehörte, seit 1990 aufgelöst ist, sieht man die bis 1989 von DDR-Ideologie verstellten Ereignisse klarer. Die Archive sind ohne Einschränkung zugänglich, DDR-Zeugen konnten nachträglich befragt werden, auf beiden Seiten der Grenze angefertigte Protokolle zum Tatgeschehen konnten miteinander verglichen werden.

Wenn man den 153 Seiten starken Band mit dem Untertitel „Zwischen Aufklärung und Propaganda“ gelesen hat, kann man den Fleiß und die ausdauernde „Kärnerarbeit“ der beiden Autoren nur bewundern. Sie haben sich durch Aktenberge, Zeitungsbande und einander widersprechende Zeugenaussagen hindurch gearbeitet, haben Archivreisen und Tatortbesichtigungen unternommen und sind letztendlich, wie im Schlusskapitel „Fazit“ ausgesagt wird, doch nur zu dem Ergebnis gekommen, dass die „Todessache Rudi Arnstadt“ nach wie vor unaufgeklärt ist.

Dass die zuständigen DDR-Stellen wie Staatssicherheit, Volksarmee, Kriminalpolizei und ihre heutigen Apologeten an einer objektiven, das heißt auf die Sache bezogenen Aufklärung dieses Todes

nicht interessiert waren, ist leicht erklärbar. Die aggressive Friedensideologie des SED-Staates, die konstitutiver Bestandteil seines Gründungsmythos war, folgte eingefahrenen Denkmustern, wonach der „imperialistische Klassenfeind“ an der „Staatsgrenze West“ nur das einzige Ziel hatte, den DDR-Sozialismus zu vernichten.

Jedes, noch so geringe Vorkommnis an der innerdeutschen Grenze bot einen „erneuten Beweis“ für diese Hypothese! Aus dieser Sicht sind die Aufklärungsergebnisse der DDR-Verantwortlichen zu bewerten. Nicht Aufklärung, sondern Umdeutung und Verschleierung waren das Ziel ihrer kriminalistischen Arbeit!

Für dieses Verfahren, Tatbestände nach politisch-ideologischen Gesichtspunkten zu sortieren und dann zu instrumentalisieren, gibt es zwei Jahre später ein eklatantes Beispiel, als der NVA-Unteroffizier Egon Schultz (1943-1964) in Berlin erschossen wurde. Als am 5. Oktober 1964 der Fluchttunnel zwischen Bernauer und Strelitzer Straße, durch den 57 DDR-Bürger nach Westberlin gelangen konnten, von der Staatssicherheit entdeckt worden war, kam es zu einem Schusswechsel mit den Fluchthelfern, wobei Egon Schultz von den eigenen Leuten erschossen wurde. Das von der DDR-Regierung verbreitete Gerücht, Egon Schultz wäre von „westlichen Agenten“ erschossen worden, wurde ein Vierteljahrhundert geglaubt, selbst die Fluchthelfer machten sich Vorwürfe, dass sie einen jungen DDR-Soldaten umgebracht hätten. Diese wahrheitswidrige Behauptung, die nach dem Mauerfall im November 1989 durch Akteneinsicht widerlegt werden konnte, führte zu einer ähnlichen Heldenlegende wie die, welche um Rudi Arnstadt zwei Jahre zuvor entstanden war: Mehrere Schulen wurden nach Egon Schultz benannt, eine Unteroffiziersschule, mehrere Brigaden, Straßen, Kasernen und Erholungsheime. Dieser politische Spuk, der auf einer glatten Lüge beruhte, verschwand über Nacht, als die Wahrheit bekannt wurde.

An den „letztlich noch immer ungeklärten Todesumständen“ sehen die Verfasser die Schuld aber auch bei den Westermittlern, die die Aussagen eines später geflüchteten DDR-Grenzsoldaten zum Schusswechsel ignoriert hätten. Damit erwecken sie Zweifel an der Ernsthaftigkeit westdeutscher Ermittlungsbemühungen, die dann auch von der Verlagswerbung übernommen wurden: „War der Todesschuss eine vorsätzliche Provokation? Oder war er Notwehr?“

Wer sich durch die 30 Kurzkapitel durchgearbeitet hat, erfährt, dass es zwei Versionen der Tatumstände gibt, eine bundesdeutsche und eine DDR-offizielle, die einander widersprechen. Die Unzulänglichkeit der bundesdeutschen Version lag darin begründet, dass es keine Möglichkeit gab, auf DDR-Gebiet zu ermitteln, auch wenn die Aussagen geflüchteter NVA-Soldaten einbezogen wurden.

Aber die Autoren wägen ab, ziehen in Zweifel und verlautbaren: „Beide Versionen mögen auf ihre Weise durchaus glaubwürdig erscheinen.“ Was hier stört, ist die Standpunktlosigkeit der Verfasser und die Gleichsetzung der Ermittlungsversuche auf beiden Seiten der Grenze, wonach „die Fakten individuell zurechtgebogen“ wurden, was schließlich auch eine Gleichsetzung von Demokratie und Diktatur impliziert!

Das zeigt schlagend, dass noch eine dritte Version des Tatgeschehens angeboten wird, eine DDR-interne, die von der DDR-offiziellen sichtlich abweicht. Hier wird der Leser hellhörig und fragt sich, wieso die DDR-Ermittler zwei Versionen brauchen, während die „westdeutschen Imperialisten“ mit nur einer Version auskommen.

Hildigund Neubert, die Thüringer Landesbeauftragte für die Unterlagen der Staatssicherheit, die das Vorwort geschrieben hat, sieht das alles eindeutiger: „Die SED plante Tote von Anfang an ein ... Sie brauchte Helden. Rudi Arnstadts Tod musste einen Beweis liefern für die Bedrohung aus dem Westen.“ Dem ist nichts hinzuzufügen!

Jörg Bernhard Bilke

Skandalös und schier unglaublich

Stasi-Mitarbeiter sind jetzt Kriminalbeamte

Es ist ein Skandal. Auf eine parlamentarische Anfrage des Brandenburgischen CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum zur Klärung der Belastung des heutigen Landeskriminalamtes durch ehemalige Stasi-Mitarbeiter stellte sich Folgendes heraus: Von 445 Beschäftigten sind 87 Mitarbeiter des DDR-Staats-sicherheitsdienstes. Dazu gehörten 45 Hauptamtliche, 22 IM, 16 Wehrdienstleistende und 2 Berufssoldaten; bei 2 weiteren Beschäftigten bestünde Verdacht auf eine IM-Tätigkeit. Teils werden diese Mitarbeiter sogar in verantwortungsvollen Tätigkeiten eingesetzt.

Das Potsdamer Innenministerium beruft sich hinsichtlich dieser unglaublichen Tatsache auf Regelungen im Einigungsvertrag. Mit der Anstellung dieses Personenkreises verbinden sich logischerweise gute Gehälter, entsprechende Altersversorgungen und beneidenswerter Kündigungsschutz. Die Situation nimmt sich umso blamabler aus, als seitens des Bundes und der Länder mit offensichtlichem Eifer um die Höhe und Zulässigkeit von Opferrenten (Besondere Zuwendung) permanent gefeilscht wird. *Tom Haltern*

Habe die Not damals miterlebt

Zeitzeugin hat Briefe und Gedichte eines ehemaligen Häftlings im Nachlass gefunden

Angeregt durch den Artikel von Henn Günter Kühme in der vorletzten Fg-Ausgabe „Widerstand im Zuchthaus Waldheim“, habe auch ich einen kleinen Beitrag. Ein guter Kamerad meines Vaters war zehn Jahre – von 1948 bis 1958 – im Zuchthaus Waldheim. Er kam aus dem russischen Speziallager Mühlberg. Sein Name ist Dr. Hans Hommel (Rechtsanwalt aus Hohenstein-Ernstthal). Ich selbst war in dieser Zeit jahrelang Ferienkind bei Frau Trude Hommel und habe ihre Not und Enteignung kennengelernt. Ich durfte auch zwei Zeilen auf dem genormten Briefbogen ins Zuchthaus schreiben. (Sicher war die Möglichkeit des einseitigen Kontaktes sehr selten.) Nach der Entlassung von Dr. Hans Hommel war das Ehepaar zu einem Kurzbesuch bei uns zu Hause (in der Nähe von Meißen), bevor sie wenige Tage danach in die BRD ausreisen mussten. Das Ehepaar Hommel hatte keine Kinder, und daher fühle ich eine gewisse Verpflichtung, dass nicht alles Leid vergessen werden darf.

Im Nachlass meines Vaters fand ich Briefe, und Gedichte die in Waldheim entstanden sind. Ich möchte, dass diese Zeitdokumente nicht vergessen werden und erlaube die Veröffentlichung in der Freiheitsglocke.

Anm. d. Red.: Redakteur und Vorstand bedanken sich für die angebotene Veröffentlichung. Der erste Beitrag, ein Gedicht „WALDHEIM 1950 - Doch kein Sklave“ erscheint in der **nächsten Fg.** Dann wird auch die Reihe von **Heinz Unruh** fortgesetzt.

Das Unrecht angemessen entschädigen

Eine Veranstaltung von Netzwerk Stasiopfer Selbsthilfe

8. 11. 2012 von 13:00 Uhr bis 18:30 Uhr

beim Landschaftsverband Westfalen/Lippe, Freiherr vom Stein Platz 1, 48147 Münster - Plenarsaal

Moderation: Dr. Sascha Möbius, Leiter Gedenkstätte „Deutsche Teilung“ Marienborn

TOP 1: Vor 60 Jahren 1952–2012/Abriegelung an 1400 km der innerdeutschen Grenze und Zwangsaussiedlungen (Aktion Ungeziefer) mit Kontrollstreifen, 500-m-Schutzstreifen und 5-km-Sperrzone. Ca. 12.000 Menschen wurden ausgewiesen und im Hinterland zwangsweise angesiedelt.

Zeitzeugenberichte:

Frau Inge Bennewitz, Herr Ernst-O. Schönemann.

TOP 2: 20 Jahre 1. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz und Folgegesetze. Frau Dr. Kaminski

Ab 16:15 Uhr offene Podiumsdiskussion – Einleitung Harry Hinz, Vorsitz. Netzwerk Stasiopfer Selbsthilfe e.V. und Regionalbeauftragter d. UOKG in NRW u. Nieders.

Vor 20 Jahren Verabschiedung 1. SED-Unrechts-Bereinigungsgesetz. Was ist daraus geworden? - Bisher sind einige Opfergruppen ohne jegliche Entschädigung.

Ab 16:45 Uhr Impulsreferat – Rechtsanwältin Brigitta Kögler, anschließend offene Podiumsdiskussion: Frau Rechtsanwältin Brigitta Kögler, Frau Dr. Kaminski, Herr Sven Busse, Landesministerium Arbeit u. Soziales NRW. Inge Bennewitz, Zeitzeugin und Publizistin.

Ende ca. 19:00 Uhr

Anmeldung bei: Harry Hinz, Niederdorf 2, 49492 Westerkappeln oder Email: kuehne-hinz@t-online.de
Tel.: 05404 – 917 422, Fax: 05404 – 917 423

Abschied von Emil Pape

Für einen, der plötzlich von uns ging

Um jede und jeden, die von uns gingen, ist es schad‘
So ging von uns nun auch Emil Pape, ein guter Kamerad.
Auch er hatte seine Geschichte,
sie hört sich heut an wie ein Gruselgedichte.
Das Strafmaß war ein Opfertisch, ein Fundament,
das man erlebte, als wenn‘s einen verbrennt.
Die Erde deckt den Freund nun zu,
da ist er gebettet zur ewigen Ruh‘.

Er war mit uns in Bautzen – ein guter Kamerad.
Und er stand beim Appell auch als Letzter parat.

Erich Schmitt, Düsseldorf

Anm. d. Autors:

Acht Tage nach Emil Pape starb unverhofft auch seine liebe Frau.

Das ist die Freiheit:

Wenn die innere Eigenform des Widerstands über den Niedergang der wahrhaftigen, (keineswegs) unbesiegbaren SED andererseits spiegelt.

Eine Erkenntnis von Andreas Kaiser (Künstler)

Wir trauern um

Gustav Käthner
Elisabeth Werchau
Josef Ferner
Werner Hofmann
Heinz Schließauf
Detlev Bachmann

Bezirksgruppe Cottbus
Bezirksgruppe Berlin
Bezirksgruppe Zittau
Bezirksgruppe Chemnitz
Bezirksgruppe Detmold
Bezirksgruppe Brandenburg

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Ihr Zeugenmut und Freiheitssinn

Ein Gedicht von Christian M. Lappe

Gewidmet Warlam Schalamow und Shin Dong-hyuk

Demokratie und Freiheit schätzen und bewahren,
Das lernen wir nun schon seit dreiundzwanzig Jahren.
Wir waren ahnungslos, doch sind wir heute klug?
Noch immer faszinieren linke Glücksversprechen,
Trotz der Millionen Opfer, Morde und Verbrechen,
Trotz fünfundneunzig Jahren Terror und Betrug!

Die SED, die „lupenreinen Demokraten“,
Meinten, die Stasi habe sie letztlich verraten,
Wohl kaum – war sie doch selbst die Spitze der Partei.
Zweihundertfünfzigtausend - die unschuldig waren,
Sperrte die Partei ins Zuchthaus in den vierzig Jahren!
Sechshundertzwanzigtausend Spitzel standen bei!

Bedenkt: „Auch die Geschichte kann sich wiederholen“
Die „Klassen-Kampf-Partei“ hat sogar Mord befohlen!
Folgt dem „Nicht-Wissen-Wollen“ - nun Demagogie?
Für all die Opfer zählten nicht die Menschenrechte!
Opfer seid Zeugen gegen diese Folterknechte!
Ihr müsst sie Lügen strafen; auch die Nostalgie!

Wahrheit war illegal, sie wurde hingerichtet!
Freiheit und Menschenrecht beschränkt, dann ganz vernichtet!
Im Dritten Reich - und in der nächsten Diktatur ...
Zu viele lernen nichts aus der deutschen Geschichte!
Gleichgültigkeit macht auch Demokratie zunichte!
Freiheit hat's schwer in unserer „Gehorch-Kultur“ ...

Atlanta (Berlin) 9-16-12

Gedenkstättenpreis an Erich Loest

Beachtliches Werk und konsequent in der Kritik

Den diesjährigen Preis der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen erhält der in Leipzig lebende Schriftsteller Erich Loest. Loest wurde 1957 wegen „konterrevolutionärer Gruppenbildung“ am Literaturinstitut Johannes R. Becher in Leipzig ebenso wie andere angebliche Konterrevolutionäre zu 7 ½ Jahren Haft verurteilt worden, die er fast vollständig in der Anstalt Bautzen II verbüßte. Er hatte bis dahin als Journalist und als freier Schriftsteller gearbeitet. Nach der Haftentlassung konnte Loest weiter als Schriftsteller in der DDR arbeiten. Er befasste sich mit Kriminalliteratur, die er auch unter Pseudonym veröffentlichte. 1979 kehrte Loest von einer Reise in die Bundesrepublik nicht mehr in die DDR zurück. Er hatte sich zuvor bereits offen-kritisch gegen die Zensur in der DDR gewandt. Nach der Wiedervereinigung fand er den Verdacht, dass er vielfach bespitzelt wurde, durch die Stasi-Akten bestätigt. Den Preis erhielt er für seinen Einsatz gegen die ideologische Vorherrschaft der SED, der er vor der Verhaftung 1957 noch selbst angehörte.

Dass Loest ein echter Vollblutschriftsteller ist, beweist die Zahl seiner Buchveröffentlichungen, die bei rund 50 Stück liegt. Zudem hat er sich durch Film- und Fernsehspielvorlagen einen guten Namen gemacht, wozu auch eine Tatort-Produktion für die ARD zählt.

Erich Loest ist nach der Wiedervereinigung nach Leipzig zurückgekehrt. Er wurde 1926 im sächsischen Mittweida geboren, wo übrigens der Widerständler Oskar Brüsewitz in den 1940er Jahren zur Berufsschule ging, um seinen Facharbeiterabschluss als Schumacher zu absolvieren.

Bundesvorstand der VOS und Fg-Redaktion schließen sich den zahlreichen Glückwünschen an. *Valerie Bosse*

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin

Telefon/AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 – 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag

von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/AB: 030 - 2546 26 38 Fax: 030 – 2300 56 23

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Dienstag und Donnerstag von 12.00 Uhr bis 17.00 Uhr,
sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion und Satz: A. Richter

redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag zugleich Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Jahresbeiträge:

- Mitglieder, einschl. Freiheitsglocke
 - alte Bundesländer 45,00 €
 - neue Bundesländer 40,00 €
- ab 01.01.2013 - 45,00 €**
- Ehepartner 15,00 €
- Aufnahmegebühr Mitglieder 2,60 €
- Abonnement 24,00 €

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (721) erscheint im November 2012

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe **720**: 19. Oktober 2012